Nummer 45 Stuttgart, 7. November 1925 43. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 – Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zusammenbruch der Kieler Werftindustrie

(Schluß)

Das Spiegelbild des Niederganges

Infolge der geschilderten Verhältnisse herrscht in Kiel eine **furchtbare Arbeitslosigkeit.** Von den in unserer Verwaltungstelle noch vorhandenen 8200 Mitgliedern waren am 17. Oktober 1925 arbeitslos:

Nichtbezugsberechtigte	232
Bezugsberechtigte	549
Ausgesteuerte	364
Zusammen	1145 = 14 vH.

Nach den im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Zahlen über Erwerbslosenfürsorge entfielen auf 1000 Einwohner Hauptunterstützungsempfänger:

Stichtag 1925	in Kiel	im Reiche
15. Juli	12,6	3,6
15. August	12,7	3,8
15. September	15,8	4,8
15. Oktober	19,0	?

Am 15. Oktober 1925 wurden von der Erwerbslosenfürsorge unterstützt:

Hauptunterstützungsempfänger	4104
deren Frauen und Kinder	5410
„ „ „ von auswärts Arbeitenden	724

In der Berichtswoche vom 7. bis 13. Oktober 1925 unterstanden der Kontrolle des Arbeitsnachweises 5726 Arbeitsuchende. Ein größerer Satz der ausgesteuerten Erwerbslosen untersteht der Kontrolle des Arbeitsnachweises nicht mehr, weil keine Möglichkeit besteht, sie wegen ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes zu vermitteln. Wenn auch diese Zahlen schon eine deutliche Sprache reden, so zeigen sie doch noch nicht den ganzen Umfang des in Kiel herrschenden Elends. Neben den durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen ist noch fast dieselbe Zahl von Nichtbezugsberechtigten und Ausgesteuerten vorhanden, die zum größten Teil das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen müssen. Im vergangenen Monat wurden von demselben 5500 Parteien laufend und 1289 Parteien einmalig unterstützt. (Unter Partei versteht man die Unterstützungsempfänger nebst ihren versorgungsberechtigten Angehörigen.) Etwa 75 vH der vom Wohlfahrtsamt Unterstützten sind als Opfer der Kieler Wirtschaftskrise anzusehen. Erwerbslosenfürsorge und Wohlfahrtsamt kehren augenblicklich nach vorsichtiger Schätzung je Monat etwa 400 000 ℳ aus. 400 000 ℳ Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in einer Stadt von 200 000 Einwohnern beleuchten die Lage zur Genüge. Da die gesamte Kieler Industrie mit verschwindend kleinen Ausnahmen nur aus Werft- oder Werfthilfsindustrie besteht, ist es bedauerlicherweise nicht möglich, die arbeitslosen Werftarbeiter anderwärts unterzubringen.

Auch die Umgebung Kiels kommt für eine Unterbringung nicht in Frage, weil Kiel inmitten der dünn bevölkerten landwirtschaftlichen Provinz Schleswig-Holstein liegt. Industrielles Hinterland ist nicht vorhanden. Der Versuch einer geeigneten Verpflanzung besonders der Schiffbauer nach anderen Orten war bis jetzt erfolglos. Auf ein Rundschreiben an 60 Ortsverwaltungen kam von allen die Antwort, daß in ihrem Bereich keine Unterbringungsmöglichkeit bestehe. Eine Fühlungnahme mit unserer dänischen Bruderorganisation brachte das gleiche Ergebnis. Der städtische Arbeitsnachweis entfaltet eine äußerst rege Vermittlertätigkeit nach auswärts. Leider hat sich gezeigt, daß es sich in den meisten Fällen um Arbeitsstellen handelt, wo die Verdienstmöglichkeiten so gering sind, daß die Vermittelten nicht in der Lage sind, die Kosten eines getrennten Haushaltes zu bestreiten. Infolgedessen kehren die Verheirateten meist nach kurzer Zeit wieder nach Kiel zurück. Aber auch die Ledigen können sich sehr oft nicht halten, weil die Wohnungsverhältnisse zu elend und die Verdienste so niedrig sind, daß nicht mal Kost und Logis davon bestritten werden können. Die besten Firmen sind's eben nicht, die auswärtige Arbeitskräfte suchen.

Neuerdings werden Ledige ins Braunkohlengebiet vermittelt. Sehr oft hat es den Anschein, als ob die auswärtigen Unternehmer aus der Not der Kieler Arbeitslosen besonders profitieren möchten. Aber die Kieler Arbeitgeber sind nicht besser. Die gesamten Seeschiffswerften haben die Krise mit Erfolg benutzt, die Tarifbestimmungen zu verschlechtern. Den Vogel haben die Kieler Werftbesitzer abgeschossen. Sie hatten sich in den Kopf gesetzt, den eingangs geschilderten Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Werftarbeiter auszutragen. Werbekosten, Preisunterbietungen, Frachtpreisunterschiede, Kanalgebühren, kurz alles sollte an den Löhnen und durch Mehrleistung herausgeschunden werden. Sie setzten durch, daß der Lohn der Kieler Werftarbeiter, der bis zum Werftarbeiterkampf 1924 mit den Hamburger Löhnen gleichstand, gegenüber diesen jetzt um 8 ₰ die Stunde für Gelernte niedriger festgesetzt wurde. Außerdem haben sie die alten Arbeiter, die Jahrzehnte ihre Arbeitskraft dem Werftkapital geopfert hatten, zur „Hebung der Leistungsfähigkeit der Betriebe" beim Abbau in erster Linie auf das Straßenpflaster geworfen. Diesen Entlassenen ist es vollständig unmöglich, irgendwo noch Arbeit zu finden. Sie sind verurteilt, mit der spärlichen Unterstützung des Wohlfahrtsamtes ihr Dasein zu fristen.

Die Löhne der Werftarbeiter betragen:

für Gelernte	über 20 Jahre	61 bis 65 ₰	die Stunde
„ Angelernte	„ 20 „	55 „ 59 ₰	„ „
„ Ungelernte	„ 20 „	48 „ 51 ₰	„ „

Sozialzulage: 1 ₰ für Verheiratete und 2 ₰ für jedes Kind pro Stunde.

Bei neunstündiger Arbeitszeit erhöhen sich die Löhne um 1 ₰ die Stunde. Die Akkordarbeiter erzielen zu diesen Löhnen einen durchschnittlichen Überverdienst von 26 vH. Etwa 25 vH der Werftarbeiter sind Lohnarbeiter und müssen sich mit dem nackten Stundenlohn begnügen. Die erzielten Verdienste sind angesichts der Kieler Teuerungsverhältnisse durchaus ungenügend. Trotz des schlechten Auftragsbestandes und der großen Arbeitslosenzahl wird von den Werftbesitzern am Neunstundentag festgehalten des Grundsatzes wegen. Der unumgängliche Lebensmindestsatz soll eben nur gegen die größtmögliche Arbeitsleistung gewährt werden.

Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kieler Werften sind der Hemmschuh für die gesamte übrige Kieler Industrie. Bei allen Verhandlungen bilden die Werftverhältnisse für Unternehmer und Schlichtungsausschuß die Grundlage, und so besteht keine Möglichkeit, für die Arbeiter der übrigen Industrien den niedrigen Werftsatz zu überschreiten, abgesehen von einzelnen Gruppen, die auf Grund ihres Geschäftsganges und ihres Organisationsverhältnisses etwas mehr erreichen. Selbst die Marineleitung lehnt es ab, ihre Arbeiter besser zu entlohnen als die Werftarbeiter, trotzdem der Reichstag seine Bereitwilligkeit erklärt hat, die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Aus eigener Kraft ist Kiel nicht in der Lage, dieser trostlosen Verhältnisse Herr zu werden. Deshalb hat das Reich die Pflicht, hier helfend einzugreifen. Auf diese Hilfe hat Kiel berechtigten Anspruch, denn der Zusammenbruch des Kieler Wirtschaftslebens ist eine Folge der ganzen politischen Entwicklung, die der verlorene Krieg mit sich brachte. Die Entwicklung Kiels war bedingt durch die Entwicklung der Reichsmarine. Die Kieler Industrie ist gewissermaßen ein Bestandteil der Marine. Nachdem die Industrie mit der Marine gefallen ist, besteht für das Reich die Verpflichtung, sie wieder aufzurichten. Es kann der Bevölkerung Kiels nicht zugemutet werden, dieses Opfer des verlorenen Krieges allein zu tragen. Dies ist Sache des gesamten Reiches. So gut wie die Kosten des Ruhrkampfes vom Reich übernommen wurden, hat auch Kiel ein Anrecht auf Reichshilfe. Das Reich muß dafür sorgen, daß Reparationsaufträge sowie Bauaufträge des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsmarineamtes den Kieler Werften zugeführt werden, soweit solche in den Etats vorgesehen sind.

Seit Beginn des Jahres ist Kiel bestrebt, die während des Krieges eingegangene Schiffahrtslinie Kiel—Korsör wieder zu errichten. Hierzu ist der Bau von drei Schnelldampfern erforderlich. Diese Neubauten sind nur möglich mit Hilfe des Staates und des Reiches. Durch Bewilligung der erforderlichen Mittel und Vergebung der Bauaufträge an Kieler Werften muß hier geholfen werden. Außerdem ist die Bereitstellung eines größeren Betrages aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erforderlich, damit die schon längst geplanten Notstandsarbeiten durchgeführt werden können. Die Stillegung einer Kieler Werft bedeutet Erdrosselung des Kieler Erwerbslebens, welche nicht durch Umstellung auf andere Produktion wettgemacht werden kann, da eine Umstellung infolge der ungünstigen geographischen Lage nicht durchführbar ist.

Bedauerlicherweise findet die Notlage Kiels im Reichsarbeitsministerium, dessen Augenmerk auf diese Verhältnisse durch den Kollegen Dißmann gelenkt wurde, nicht die erforderliche Würdigung. Deshalb muß es Aufgabe der Abgeordneten im Land- und Reichstag sein, dahin zu wirken, daß Staat und Reich sich endlich dazu aufschwingen, ihren Verpflichtungen gegenüber der Stadt Kiel schnellstens nachzukommen, damit der völlige Zusammenbruch noch verhütet wird.

W. Leopold, Kiel.

Verstärkt den schützenden Damm!

Hohl heult der Sturm und peitscht das brandende Meer; haushohe Wellen wälzen sich zum Strand und brechen sich polternd am Damm, den Menschen gegen die gefahrdrohende See aufgerichtet haben.

Hinter dem Damm wohnen die Menschen. Sie fühlen sich in seinem Schutz sicher und geborgen. Solange der Damm fest steht, können ihnen die rohen Naturgewalten nichts anhaben. Darum gilt auch ihre ganze Sorge dem schützenden Damm. In Sturmestagen halten sie getreulich Wacht und in ruhigen Zeiten bessern und verstärken sie diesen treuen Schützer.

Nicht alle Bewohner wissen den schützenden Damm zu schätzen. Es gibt Dumme, Schwache und Faule, die sich gar nicht ausdenken können, welche Gefahr das Brechen des Dammes für die Bewohner bedeutete. Auch gibt es Gleichgültige, Feige und Gemeine, die die furchtbaren Gefahren wohl kennen, die aber die Sorge um den Damm und den Schutz der Gemeinde den „anderen" überlassen. Die anderen, das sind die Treuen, Ehrlichen und Pflichtbewußten, die stets an ihre Mitmenschen und die Allgemeinheit und erst zuletzt an sich selbst denken. Sie tragen die Sorge um den Schutz und erheben ihre warnende Stimme, wenn der schützende Damm in Gefahr ist. Dann erwarten sie, daß die Menschen mit Hand anlegen, damit die rasende Flut nicht über das bisher Geschaffene hinweggeht.

*

Das ist ein Gleichnis. Setzen wir für Damm den Verband, für Meer Kapitalismus samt reaktionären Triebkräften und für die hinter dem schützenden Damm wohnenden Menschen die vom Verkauf ihrer Kraft lebenden Arbeiter, dann wird dies Gleichnis zur Wahrheit.

Es ist nicht unbekannt, daß schon seit langem die Pflichtbewußten im Verband ihre warnende Stimme erheben. Wohl steht der Verband unerschütterlich fest, das hindert aber nicht, daß an eine Verstärkung gegangen werden muß, denn die Stürme der Reaktion toben unaufhörlich und in diesem ungleichen Ringen kann die kleinste schadhafte Stelle die Ursache einer furchtbaren Katastrophe werden.

Die warnenden Stimmen sind gehört worden. Vorstand und Ausschuß unseres Verbandes haben entschiedene Schritte zur Besserung und Stärkung unseres Verbandes unternommen. Viele Kollegen sind der Meinung, daß sehr lange gewartet wurde. Doch ist es noch nicht zu spät. Nunmehr ist die Aufrüstung erfolgt und wir sind gegen Zufälle gewappnet.

Das Notwendigste, was geschehen mußte und nunmehr geschehen ist, ist die Erhöhung der Unterstützung für Streikende, Ausgesperrte und Gemaßregelte. Es war ein schmerzliches Gefühl für jeden denkenden Kollegen, bei schwierigen Arbeitskämpfen, die sich lange Wochen hinzogen, den Kämpfenden eine Unterstützung zukommen zu lassen, von der jeder wußte, daß sie bei weitem nicht ausreichte, auch nur das Allernotwendigste zur Fristung des nackten Lebens zu beschaffen. Die Kampfesunterstützung unseres Verbandes glich eher einem Schreckmittel, um Streiks zu verhüten, als einer Gewähr, die uns aufgezwungenen Wirtschaftskämpfe siegreich durchzuführen.

Unzureichende Streikunterstützungen sind eine Gefahr für die Arbeiterkämpfe!

Diese Erkenntnis ist durch die Erfahrungen im Verbandsleben gefestigt worden. Oft sehr radikale Kollegen behaupten, daß Arbeiterkämpfe nicht mit dem Geldschrank geführt werden. Der proletarische Tresor werde naturnotwendig immer schwächere Platten haben wie der kapitalistische. Hier mischen diese Kollegen Unwahres mit Selbstverständlichem. Es ist etwas Selbstverständliches, daß bei einem Kampf Kasse gegen Kasse die proletarische den kürzeren ziehen muß, es gehört zum Kampf die Wucht, die durch die Zahl der Kämpfenden und durch ihre Kampfesordnung gegeben ist. Unwahr ist aber, den Wert der gefüllten Streikkasse zu unterschätzen. Sind in der Regel die Radikalsten der Radikalen nicht die ersten, die nach Unterstützung schreien und am lautesten über ihre Winzigkeit zetern?

Ein Verband kann aber nur das sein, was seine Mitgliedschaft aus ihm macht. Unterstützungen können nur in dem Maße geleistet werden, in welchem dem Verband Beiträge zugeführt werden. Darum mußte der gesteigerten Ausgabe eine Erhöhung der Einnahmen folgen. Die vom Vorstand und Ausschuß beschlossene Beitragserhöhung mag auf den ersten Blick als hoch erscheinen. Einer Prüfung hält aber diese Meinung durchaus nicht stand. Die beschlossenen Unterstützungen stellen im Hundertsatz eine weit höhere Leistung dar, als sie durch die Beitragserhöhung bedingt wäre. Diese Mehrleistung konnte durch eine sparsame Verbandsführung eingebracht werden. Mit diesen Einsparungen allein war aber der Mitgliedschaft nicht gedient. Die Unterstützungsleistung mußte grundlegend geändert, kein Flickwerk durfte geschaffen werden. Die Beitragserhöhung war in dem vorgeschlagenen Maße das Notwendigste.

Ängstliche Gemüter befürchten, daß durch die Beitragserhöhung ein Verlust an Mitgliedern eintreten könnte. Das ist nicht zu erwarten. Das Gegenteil muß eintreten. Haben wir doch in der Agitation von aus dem Verband ausgeschiedenen Kollegen die Meinung gehört, der Verband bei seinen niederen Unterstützungen hat keinen Kampfeswert. Die Unterstützung werde so niedrig gehalten, um Arbeiterkämpfe unmöglich zu machen. Es sind viele gewesen, die diesen Grund für ihren Austritt anführten, und es steht unzweifelhaft fest, daß diese Metallarbeiter nunmehr in den Kampfverband zurückkehren.

Es wird aber Schwache und Faule geben, deren Denkvermögen nicht ausreicht, um die Notwendigkeit der Verstärkung unseres Verbandes zu begreifen. Sie müssen als Schädlinge an der Arbeiterschaft schutzlos am Wege liegen bleiben. Aber auch Verantwortungslose und Gemeine wird es geben, die eine Beitragserhöhung als Grund nehmen, um in die Schar der unorganisierten Arbeiterschädlinge zu flüchten, sie werden die Sorge um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den „anderen" überlassen. Sie gedenken unter der Arbeiterschaft ein Schmarotzerdasein zu führen. Die anderen aber, die Pflichtbewußten und Ehrlichen, die mit ihren Kräften den Kampf für die Gesamtarbeiterschaft führen, werden den Schmarotzern, den Faulen und Gemeinen die Achtung schenken, die sie verdienen. Die Zeit muß nun endlich vorüber sein, in der sich radikal gebärdende Unorganisierte im Arbeiterleben noch eine Rolle spielen können. Nur der Organisierte, der Kämpfer, der seine Opfer bringt, hat das Recht, im Namen des klassenbewußten Proletariats zu sprechen. Diese Pflichtbewußten rufen wir auf zur Werbung für den neugestärkten Verband. *k*

Theoretisches zum Preisabbau

Die Regierung Luther hat in diesem Sommer alle Kraft daran gesetzt, Zölle und neue Verbrauchssteuern im Reichstag durchzudrücken, die notwendigerweise alle Preise in die Höhe treiben müssen. Kaum war das geschehen, so verkündete sie eine Reihe von Maßnahmen, die die Preise senken sollen. Ist das nicht ein vollkommener Widerspruch?

Daß es in der Praxis keiner ist, wissen wir schon. Denn die angekündigten Maßnahmen sind so schwächlich, daß sie gegen die sehr robusten Steigerungen durch Zölle und Steuern — und auch gegen deren Vorwegnahme bei der Kalkulation, noch bevor sie in Kraft getreten sind — nichts auszurichten vermögen. Aber wie ist es möglich, daß ein und dieselbe Regierung zuerst den Anstoß gibt zu sehr großen Preiserhöhungen und dann, gewissermaßen zurückschreckend vor ihrem eigenen Werk, wenigstens den Wunsch nach Preisermäßigungen stammelt?

Das ist möglich, weil eine bürgerliche Regierung zu keiner theoretischen Klarheit über die ihr obliegenden Aufgaben gelangen kann und deshalb zu ewigem Fortwursteln verdammt ist, das heißt zum Handeln nach dem Bedürfnis des Augenblicks ohne Rücksicht und auch ohne Einsicht, ob nicht durch die Art, wie sie eine augenblickliche Schwierigkeit umgeht, sehr bald eine viel größere Schwierigkeit entsteht. Es ist ferner deshalb möglich, weil die Interessen des Kapitals, die allein eine bürgerliche Regierung wahrnimmt, in sich selbst verworren und widerspruchsvoll sind.

Die Regierung mußte die Zölle und neuen Steuern haben, erstens weil im zweiten Dawesjahr erhebliche Summen aus der Reichskasse für Kriegsentschädigungen beansprucht werden; zweitens weil das Kapital eine fortgesetzte Steigerung der Preise braucht. Wir Marxisten wissen, daß das Kapital ohne fortgesetzte Steigerung des Profits nicht bestehen kann, und wir vermögen leicht zu erkennen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die dauernde Steigerung des Profits nur noch aus der dauernden Steigerung der Preise geholt werden kann. Diesen theoretischen Zusammenhang kennt die Regierung natürlich nicht. Aber wie alle Kapitalsvertreter fühlt sie, daß in jetziger Zeit der Bestand der kapitalistischen Wirtschaft von unaufhörlicher Preissteigerung abhängt. Daher ihre Maßnahmen nach dieser Richtung.

Aber in..n sie so handelt, drängt sich ihr ein anderes, nicht minder entschiedenes Gefühl auf: in der fortgesetzten Preissteigerung liegt auch eine sehr ernste Gefahr für das Kapital. Wir haben es soeben schaudernd erlebt. Seit 1914 stiegen die Preise und stiegen und stiegen, und die Kapitalisten freuten sich, denn mit ihnen stiegen die Profite. Aber nur eine Zeitlang. Nur ein paar Jahre. 1916, 1917, 1918 und noch etwa bis 1921 hin hatten die deutschen Kapitalisten Mühe, ihre gewaltig wachsenden Gewinne zu verstecken und unterzubringen. Dann aber erlebten wir ein Musterbeispiel dialektischer Entwicklung. Eben durch die fortgesetzte Steigerung aller Preise wurde das Geld immer wertloser. Auch die Kapitalisten konnten mit dem Geld, das ihnen als Profit zufloß, immer weniger kaufen. Das wurde 1922 und 1923 immer schlimmer, bis schließlich die Papiergeldmassen in den Händen der Kapitalisten ebenso wertlos waren wie die Papierlöhne in den Händen der Arbeiter. Gerade wie der Arbeitslohn, mochte er Milliarden, mochte er zuletzt Billionen betragen, in Wahrheit winzig klein war, so war es auch mit den Profiten. Mit anderen Worten: es waren nur noch Scheinprofite. Die geradlinig fortgesetzte Steigerung aller Preise war zuletzt in das Gegenteil dessen umgeschlagen, was beabsichtigt war; sie hatte dahin geführt, daß die Profite — keine wirklichen Profite mehr waren. Darum der allgemeine Schrei nach Stabilisierung im Jahre 1923, wobei man nicht übersehen darf, daß die gleiche Forderung im Munde der verschiedenen Klassen den entgegengesetzten Zweck hatte. Die Arbeiter forderten wertbeständiges Geld, um billig kaufen zu können; die Kapitalisten forderten es, um die Preise wieder wirklich, nicht nur scheinbar, zu steigern.

Dieselbe Gefahr droht natürlich auch jetzt. Ich habe kürzlich (in Nr. 39) an dieser Stelle nachgewiesen, daß selbst nach dem schön gefärbten amtlichen Index die deutschen Preise in der kurzen Zeitspanne von Januar 1924 bis August 1925 um etwa 20 vH gestiegen sind. Dies bedeutet für das Geld den Verlust von ein Fünftel seiner Kaufkraft. Wenn dazu nun noch die neuen Zölle und Steuern kommen, kann sich jeder ausmalen, wohin wir in Kürze gelangen müssen. Daher die instinktive Angst der Regierung vor den Folgen ihrer eigenen Zoll- und Steuergesetze, daher ihr gestammelter Wunsch nach Preisermäßigungen. Aber natürlich kann sie sich nur zu halben und unwirksamen Maßregeln aufraffen, weil sie ja weiß, daß das Kapital Preissteigerung braucht.

Die Kapitalisten ihrerseits, die im Geschäft stehenden Unternehmer und Bankiers, sehen selbstverständlich überhaupt nur, was ihnen unmittelbar vor der Nase liegt, und übersetzen die Vorschläge der Regierung in ihre Sprache. Mit Preisermäßigung sind sie sehr einverstanden, sofern sie sie kriegen, aber nicht geben sollen. Für sie heißt Preisermäßigung: Befreiung von Steuern, Verbilligung der Eisenbahnfrachten, Kürzung der Arbeitslöhne und schärfere Ausbeutung der Arbeiter. Ibykus.

Brotwucher, Justiz und Regierung

In den letzten Monaten sind die Getreidepreise infolge der außergewöhnlich guten Ernte und trotz der deutschen Agrarzölle auch in Deutschland ganz bedeutend zurückgegangen. Der Roggenpreis hat sich je Tonne um 70 bis 80 ℳ und der Mehlpreis je Zentner um 10 ℳ gesenkt. Dagegen blieb der Brotpreis so gut wie unverändert. Allerdings hat sich die Regierung im Rahmen ihrer berüchtigten Preissenkungsaktion mit dieser Angelegenheit beschäftigt, das heißt sie setzte sich mit den Ehrenmeistern des Bäckergewerbes zusammen und ließ sich bei diesen Gelegenheiten blauen Dunst vormachen. Man einigte sich dann auch dahin, daß die Bäckermeister dem gesunkenen Getreide- und Mehlpreis durch Erhöhung des Brotgewichts Rechnung tragen sollten. Von einer Senkung des Brotpreises aber, die dem Käufer erst eine Kontrolle über die tatsächlich vorgenommene Preissenkung gegeben hätte, sah man unbegreiflicherweise ab. So hatte man mal wieder so getan, als ob man täte. Da aber nun jeder Käufer nicht eine Wage hat, um nachprüfen zu können, inwieweit das ihm verkaufte Brot das vorgeschriebene Gewicht hat, öffnete die vorgenommene Regelung dem Betrug Tor und Tür. Die Bäckermeister haben nicht im Traum daran gedacht, die Preissenkung durch Erhöhung des Brotgewichts vorzunehmen.

In Wirklichkeit taten sie etwas ganz anderes. Sie nahmen eine Brotpreiserhöhung von hinten herum vor. Die Berliner Polizei hat nämlich in 2000 Bäckereien Stichproben vorgenommen, um festzustellen, inwieweit das Brot, der Regelung entsprechend, das vorschriftsmäßige Gewicht habe. Das Ergebnis dieser Stichproben ist einfach niederschmetternd. In 550 Fällen ergab sich ein Mindergewicht des Brotes und der Brötchen in Höhe von 20, 25, 30 und mehr vom Hundert, das heißt die Bäckereien haben just zur selben Zeit, als man sich im Lande mit der Preissenkung brüstete, stillschweigend eine ganz empfindliche Preiserhöhung vorgenommen. Dieses Vorgehen ist um so unerhörter, weil die Bäckermeister in letzter Zeit fast überall schlechteres Brot liefern und vor allem reichlich naß backen. Die Öffentlichkeit wird so von den ehrbaren Bäckermeistern regelrecht bewuchert und betrogen. Außerdem zeigen diese Tatsachen, in welchem Maße die deutsche Geschäftswelt heute verlumpt ist. Daran ist die Regierung nicht unschuldig, denn sie hat in dem Fall der Brotpreissenkung den Betrug durch die vorgenommene unzulängliche Regelung begünstigt, sozusagen angestiftet.

Der Öffentlichkeit hat sich, als das Ergebnis der polizeilichen Nachforschung bekannt wurde, ein Sturm der Entrüstung bemächtigt. Mit Recht wurde unter der Begründung, daß der deutschen Wirtschaft dadurch ein wertvoller Dienst erwiesen wird, die Schließung der Bäckereien gefordert, die sich des Betrugs schuldig gemacht haben. Früher wurde der Brotwucherer an den Pranger gestellt oder in die Hippe gesetzt. Mit diesen Maßnahmen bekämpfte man den Wucher und schuf ein leistungsfähiges und ehrliches Handwerk. Heute aber duldet und begünstigt man Wucher und Betrug und nennt das komischerweise Mittelstandspolitik. Die Bürokraten stützen sorgenvoll ihre Häupter und überlegen an der Hand von 101 Paragraphen, ob man gegen die betrügerischen Bäckermeister wegen Preistreiberei gerichtlich vorgehen soll. Indessen halten die künstlich entrüsteten Bäckermeister Protestversammlungen gegen das „wirtschaftsfeindliche Vorgehen der Polizei" ab. Ehrenmeister und Ehrenobermeister legen mit dem Brustton gekränkter Handwerkswürde der Öffentlichkeit haarklein dar, daß sie Mindergewicht geben müssen, um bestehen, das heißt um weiter technisch rückständig bleiben und am allabendlichen Stammtisch die bekannten Sprüche über die Korruption republikanischer Minister, die hohen Löhne im allgemeinen und die Begehrlichkeit der Bäckergesellen im besonderen klopfen zu können. Es wurde sogar behauptet, ohne daß dem widersprochen wurde, daß die in Frage kommenden Behörden von dem betrügerischen Vorgehen der Bäckermeister rechtzeitig unterrichtet worden seien. Mag dem sein, wie ihm wolle, wir stellen nur fest, daß man die Ausführungen der Bäckermeister, die einer Verhöhnung der staatlichen Autoritäten gleichkommen, mit einer seltenen Langmut über sich ergehen läßt. Und wenn die ganze Angelegenheit auch schließlich vor die Gerichte kommt, befürchten wir, daß den betrügerischen Bäckermeistern nichts passiert. Dafür wird unsere Justiz schon sorgen. Sie ist auf politischem Gebiet sicher schon ein Skandal. Wie sie aber den Verbraucher vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung schützt — das stinkt zum Himmel. Betonen die betrügerischen Bäckermeister nun, daß sie dem Prozeß mit aller Herzensruhe entgegensehen, so sind wir allerdings auch der Auffassung, daß diese Ruhe durch die deutsche Justiz durchaus gerechtfertigt ist.

Wohin soll das aber führen? Die Wucherpreise sind nicht mehr zu erschwingen. Wucher und Betrug werden im Handel Gewohnheit, Regierung und Justiz aber versagen den ausgebeuteten Arbeitern und Verbrauchern den Schutz. Dabei stehen wir vor einem sehr strengen Winter mit steigender Arbeitslosigkeit. Mit Sorge muß man sich fragen, wielange die Dinge noch gehen sollen. Wenn nun die hungernden Massen, von Verzweiflung gepackt, zum äußersten getrieben werden, wenn die Fensterscheiben klirren — meint man dann, mit den Schießprügeln der Schupo der Dinge Herr werden zu können? Will man, um berechtigte Wünsche nach Lohnerhöhung und Preissenkung im Blute zu ersticken, mal wieder auf Arbeiter schießen lassen? Es scheint bei uns Leute zu geben, für die schon lange kein Arbeiterblut mehr geflossen ist. Und es ist schon richtig, daß wir gewissenlose Drahtzieher haben, die es gar zu gern sähen, wenn zum Beispiel der sozialdemokratische Polizeiminister Preußens, Severing, die Sünden einer falschen Wirtschaftspolitik ausbaden und die Schupo auf Arbeiter, aus denen er hervorgegangen ist und zu denen er gehört, schießen lassen muß. Man hätte so — die verhaßten Arbeiter und den gehaßten Severing — zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Man würde Friedhofsruhe in Deutschland schaffen. Aber hinter dieser Ruhe lauert und gähnt der Abgrund.

Schule, Presse und Krieg

Die Verhandlungen in Locarno und die dort gefaßten Beschlüsse bedeuten zweifellos einen großen Schritt nach vorwärts und zeigen vor allem eine große Wandlung der Ansichten der Staatslenker. Der unsinnige Haß, der den Weltkrieg jahrelang überdauert hat, beginnt der Erkenntnis zu weichen, daß doch mehr Gemeinsames vorhanden ist, das die Völker miteinander verbindet, als Gegensätzliches, das sie trennt.

Die große Masse des Volkes in allen Ländern hat den Haß gegen andere Völker niemals innerlich empfunden. Soweit er sich bemerkbar machte, war er künstlich erzeugt durch Schule und Presse.

Die Schule ist stets unfrei gewesen. Sie wurde von den herrschenden Klassen für ihren Vorteil benutzt, um schon in der zarten Seele der Kinder Empfindungen zu wecken, die aus ihnen später brave und gehorsame Staatsbürger machten. Die Schule war stets nicht nur eine Lehranstalt, sondern auch eine Erziehungsanstalt, und diese Erziehung wurde um derjenigen willen geübt, die die Macht in Händen hatten. Die Erziehung der Erzieher erfolgte nach denselben Grundsätzen, und soweit der Lehrer nicht bereits ein willenloses Werkzeug war, sorgte seine vorgesetzte Behörde dafür, daß er von dem ihm vorgezeichneten Wege nicht abwich. Hier Wandlung zu schaffen, dürfte eine der Hauptaufgaben sein, die erfüllt werden müssen, um in den breiten Massen eine wirklich völkerversöhnende Stimmung zu entwickeln.

Vor allem dürfte es notwendig sein, den Schullesebüchern eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Diese sind im allgemeinen von unübertrefflicher Rückständigkeit. Der Schreiber dieser Zeilen war in einer großen Stadt Vorsitzender eines aus Vertretern der Behörden und der verschiedenartigsten Vereinigungen zusammengesetzten Ausschusses zur Bekämpfung der Schundliteratur. Als es sich darum handelte, ein Verzeichnis der Schundliteratur aufzustellen, wurde von einem Vertreter der Lehrerschaft allen Ernstes der Antrag gestellt, auch die Schullesebücher in das Verzeichnis aufzunehmen. Der Antrag war nicht unberechtigt, denn jeder, der die Schullesebücher sorgfältig durchliest, findet vieles, was in der Tat nicht zur guten Literatur gerechnet werden kann. Geschichtsverdrehung, Geschmacklosigkeit, falscher Patriotismus und Anhündelei machen sich leider allzu breit, und wenn dann von den Lehrern noch auftragsgemäß nachgeholfen wird, setzen sich bei den Kindern Auffassungen fest, die später schwer auszurotten sind.

Die Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten und Stadtverwaltungen dürften alle Veranlassung haben, der Frage der Erziehung im allgemeinen und der Erziehung der Erzieher im besonderen und ferner der Frage der Schullesebücher die größte Beachtung zu schenken.

Was die Presse betrifft, so nennt man sie nicht umsonst eine Großmacht; fast jeder steht in ihrem Bann und nimmt nach und nach, ohne sich dessen bewußt zu werden, die Ansichten an, die ihm sein Leibblatt täglich vorsetzt. Mit Recht macht die Arbeiterbewegung alle Anstrengungen, um die arbeitenden Schichten mit eigener geistiger Nahrung zu versorgen, und es sind auch auf diesem Gebiete große Fortschritte zu verzeichnen. Leider befinden sich aber noch viele Kreise unter dem Einfluß reaktionärer und diesen vielfach nicht nachstehender „neutraler" Blätter, das heißt Blätter, die ihre Aufgabe ebenfalls darin sehen, den Völkerhaß zu predigen und einer Annäherung der Völker entgegenzuwirken. Jeder aufrichtige Friedensfreund müßte es verschmähen, durch Unterstützung solcher Blätter eine Mitschuld auf sich zu laden.

Der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Völker wird erst dann feste Wurzeln gefaßt haben und Kriege werden erst dann unmöglich gemacht sein, wenn Schule und Presse sich nicht mehr in friedensfeindlichem, sondern in friedensfreundlichem Sinne betätigen.

Locarno war ein guter Schritt vorwärts, aber nicht die Lösung, die gestattet, die Hände in den Schoß zu legen.

Gegen das Überstundenunwesen

Obwohl die Arbeitslosigkeit steigt, steht das Überstundenunwesen in einzelnen Industrien nach wie vor in hoher Blüte. Von einem Werk in Duisburg wird berichtet, daß dort bei einer Belegschaft von 5800 Mann im Monat Juli 51 000 Überstunden geleistet wurden. Jeder Arbeiter hat also im Durchschnitt im Monat Juli neun Überstunden geleistet. Mehr als 200 Arbeiter hätten neu eingestellt werden können, wenn Überstunden von der Belegschaft nicht geleistet worden wären. Wie es hier bei dem Duisburger Werk liegt, wird es auch noch in anderen liegen. Wenn doch die Arbeiter bedenken wollten, eitten wie großen Fehler sie mit der Leistung von Überstunden begehen. Die Unternehmer können bei Lohnverhandlungen mit hohen Verdiensten prunken und die Arbeiter beweisen selbst, daß sie nicht kürzer, sondern länger zu arbeiten gewillt sind.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Arbeitsmarktlage in Deutschland verschlechtert sich. Zwar ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht sehr erheblich, dennoch kann man eine ununterbrochene Verschlechterung seit Anfang August feststellen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1925 ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Die Zahl der Vollerwerbslosen betrug:

1. Januar	655529	1. Juni	233469
1. Februar	5[illegible]3024	1. Juli	195582
1. März	510490	1. August	197248
1. April	465761	1. September	230727
1. Mai	31[illegible]656	1. Oktober	265566

Die 265 566 Vollerwerbslosen am 1. Oktober spiegeln natürlich nicht den ganzen Grad der Arbeitslosigkeit wieder. Daneben gibt es noch Erwerbslose, die aus irgendeinem Grunde keine Unterstützung erhalten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland zurzeit mit 750 000 annimmt. Eine hohe Zahl gesunder Menschen, denen das heutige Deutschland keine Beschäftigung zu vermitteln vermag. Sobald die Saisonindustrie (Baugewerbe, Landwirtschaft usw.) zu Entlassungen schreitet, wird die Arbeitslosenzahl sich noch mehr erhöhen.

Metallarbeiter-Kalender

für das Jahr 1926 ist erschienen. Zu beziehen durch alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu 1 Mk. das Stück

Konischdrehen

Es gibt noch viele Dreher, die nur durch langes Probieren imstande sind, Konuskegel oder konische Bohrungen anzufertigen. Das Konischdrehen geschieht entweder durch Verdrehen des Supportoberteils oder durch seitliche Verschiebung des Reitstocks. Es gibt zwei einfache Wege, um die Supportverstellung zu ermitteln. Erstens durch Berechnung mit Hilfe des Tangenstabes oder durch Aufzeichnen eines Dreiecks. Um die Supportverstellung mit Hilfe des Tangenstabes zu berechnen, subtrahiere man den großen Durchmesser des anzufertigenden Konus den kleinen Durchmesser, teile diesen Unterschied durch die doppelte Konuslänge. Bezeichnet man den großen Durchmesser mit D, den kleinen Durchmesser mit d, die Konuslänge mit l, so erhält man (tg = Tangens) folgende Formel:

$$tg = \frac{D - d}{2l}$$

Den so gefundenen Zahlenwert sucht man in der Tangenstabelle eines technischen Formel- und Tabellenbuches auf und findet dort die Anzahl der Grade und Minuten, um die der Support verstellt werden muß. Ein Beispiel mag den Vorgang erläutern. Nehmen wir an: D = 80, d = 40, l = 120. Diese Werte in die Formel eingesetzt:

$$tg = \frac{80 - 40}{2 \times 120} = \frac{40}{240} = \frac{1}{6}$$

Nun muß allerdings dieser Bruch ein Dezimalbruch sein. Also wird er verwandelt: 1:6 = 0,1666. In der Tabelle findet man dafür den Wert 9° 30', also 9½ Grad.

Um diesen Konus anzufertigen, muß der Support um 9 Grad 30 Minuten verstellt werden. Findet man in der Tangenstabelle den errechneten Wert nicht genau, so kann man ruhig einen nächst niederen oder nächst höheren Wert einsetzen, um die Gradzahl zu ermitteln, denn der Fehler ist so gering, daß er vernachlässigt werden kann.

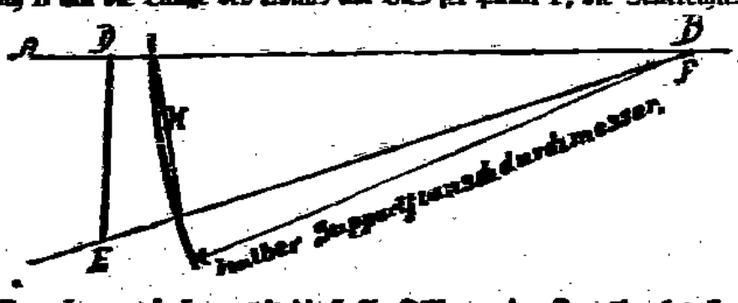
Einen Supportoberteil wirklich auf eine bestimmte Anzahl von Minuten außer der Gradzahl einzustellen, dürfte wohl nicht gleich einem in der Modellberechnung angeführten Dreher möglich sein. Nehmen wir nochmals den errechneten Wert 0,1666 an. Diesen Wert finden wir nicht in der Tabelle, doch eine Stelle vorher 0,16430, die nächste Stelle ist 0,16734. Wir nehmen nun zweckentsprechend den Wert, der dem Errechneten am nächsten liegt, und das ist in diesem Falle 0,16734. Unter Rubrik „Grad" finden wir in dieser Spalte, in der dieser Wert liegt, 9 Grad, und unter Rubrik „Minuten" — 30. Ergebnis: 9° 30'.

Ein weiteres Beispiel: D = 50, d = 30, l = 70.

Nach der Formel ist $tg = \frac{50 - 30}{2 \times 70} = \frac{20}{140} = \frac{1}{7}$, in Dezimalbruch ausgedrückt: 0,1428.

In der Tangenstabelle finden wir aber diesen Bruch wieder nicht, sondern nur 0,1405 und den nächst höheren 0,1435. Also nehmen wir 0,1435. Wir erhalten somit 8 Grad 10 Minuten. Um diesen Wert ist der Support zu verstellen.

Ist am Support keine Gradteilung vorhanden, so kann man sich ein rechtwinkliges Dreieck aufzeichnen, das folgende Stücke enthält: Großen Durchmesser minus kleinen Durchmesser durch 2 geteilt und die Konuslänge. Das Aufzeichnen erfordert aber größte Sorgfalt und Genauigkeit. Man ziehe eine gerade Linie AB, lege in irgendeinem beliebigen Punkte eine Senkrechte an, trage von dem Punkte D aus nach B hin die Länge des Konus ab. Dies sei Punkt F, die Senkrechte



DE mache man so lang, wie die halbe Differenz der Konusdurchmesser (also das Resultat aus $\frac{D - d}{2}$), verbinde Punkt E mit F. Man erhält so die Linie EF. Nun nehme man den halben Supportoberteildurchmesser in den Zirkel, steche in F ein und schlage einen Kreisbogen, steche mit dem Zirkel das Stück H ab, wo der Kreisbogen die Linie AB und EF schneidet oder auch die Verlängerungen der beiden Linien, wenn die Konuslänge kleiner ist als der halbe Supportoberteildurchmesser. Dieses Stück H übertrage man auf den Supportoberteil und verstelle ihn.

Nun zum Konischdrehen durch Reitstockverstellung. Um einen Konus zwischen den Spitzen anzufertigen, ohne den Support zu verstellen, muß man den Reitstock um eine bestimmte Anzahl Millimeter verschieben. Liegt der Konus direkt zwischen den Spitzen, das heißt, wenn keine Ansätze vorhanden sind, also nur ein Konuskegel gedreht wird, so erhält man die Reitstockverstellung aus der halben Differenz der Konusdurchmesser. Also Reitstockverstellung ist gleich $\frac{D - d}{2}$. Ist jedoch der Konus an eine Welle anzudrehen, so erhält man die Reitstockverstellung durch folgende Formel: $\frac{g}{l} \times \left(\frac{D - d}{2}\right)$ indem g die Gesamtlänge des Arbeitsstückes, l die Länge des anzufertigenden Konus und $\left(\frac{D - d}{2}\right)$ wieder die halbe Differenz des Konusdurchmessers ist.

Angenommen, das Arbeitsstück sei 300 mm lang, daran sei ein Konus anzudrehen von 80 mm Länge mit den beiden Durchmessern 50 und 25 mm. Es gestaltet sich die Rechnung nun folgendermaßen: $\frac{300}{80} \times \left(\frac{50 - 25}{2}\right)$, wobei erst der Wert der Klammer zu berechnen ist,

$$\text{also: } \left(\frac{50 - 25}{2}\right) = \frac{25}{2}$$

Nun multipliziert man diese beiden Brüche miteinander:

$$\frac{300}{80} \times \frac{25}{2} = \frac{7500}{160} = 46{,}9 \text{ mm.}$$

Um diesen Wert ist der Reitstock zu verschieben.

Es ist jedem, der irgend einmal Konischdrehen muß, zu empfehlen, sich diese kurzen Anleitungen zu eigen zu machen. Hat er sich einmal damit befreundet, wird ihm das Konischdrehen keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Fritz Franke.

Belgischer Brief

Das Programm der unmittelbaren Reformen

Von W. Eckelers, Antwerpen

Vor dem Kriege hatten wir in der Arbeiterpartei Belgiens schier unendliche Auseinandersetzungen über die Frage, ob wir mit den Bürgerlichen an einer Regierung teilnehmen sollten. Dies waren allerdings nur akademische Erörterungen, weil wir ja niemals die Gelegenheit zum Eintritt in eine Regierung hatten. Seit dem Kriege jedoch haben wir schon dreimal mit andern politischen Parteien zusammen regiert. Das erste Mal hatten wir drei Ministersitze. Es war dies die Regierung der „heiligen Einigkeit", woran alle drei Parteien, die Sozialisten, Katholiken und die Liberalen beteiligt waren. Nach den Wahlen im November 1919 wurde eine Regierung der nämlichen Art gebildet, in der wir einen Sitz mehr erhielten.

Ein Kongreß der Arbeiterpartei hatte für die Mitarbeit ein Programm ausgearbeitet, welches für die Arbeiterklasse sehr wichtige Punkte enthielt, vornehmlich: Allgemeines Wahlrecht mit 21 Jahren bei sechsmonatigem Aufenthalt, den Achtstundentag, Beseitigung des Artikels 310 des Strafgesetzbuches (der eine Art Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften darstellt), Koalitionsfreiheit, Altersversorgung von 2 Franken den Tag ohne Beitragszahlung der Versorgten, ein Mieterschutzgesetz, Erbauung billiger Wohnungen und die Verkürzung der militärischen Dienstzeit. Dieses Programm war vollständig verwirklicht, als die sozialistischen Minister die Regierung wieder verließen. Der Bruch kam im Jahre 1921, und zwar dadurch: Man hatte in La Louvière, im „schwarzen Lande" Belgiens, wo die Sozialisten sehr zahlreich sind, einige Fahnen geweiht. Der deutsche Genosse Sassenbach wohnte der Feier als ausländischer Vertreter bei. Schon die Anwesenheit eines Deutschen hieß die kapitalistischen Zeitungen jämmerlich plärren. Als gar der liberale Minister Sevèze erfuhr, daß sich auf einer der Fahnen ein Soldat abgebildet befand, der sein Gewehr zerbrach, und daß sein ministerieller Kollege Anseele bei der Fahnenweihe gesprochen hatte, verlangte er von diesem eine befriedigende Erklärung oder seinen Rücktritt. Anseele weigerte sich entschieden, der Anmaßung des bürgerlichen Ministers gerecht zu werden, sondern warf die Tür des Ministeriums hinter sich zu. Die andern drei sozialistischen Minister bezeugten ihre Übereinstimmung mit Anseele dadurch, daß sie gleichfalls die Regierung verließen.

Hierauf bildete sich unter dem Vorsitz des Monsieur Theunis, eines Brüsseler Bankiers, eine liberal-katholische Koalition, die bis zu den Wahlen im April 1925 regierte. Mit dem Amtsbeginn dieser Koalition setzte eine versteckte Reaktion ein, die es sich angelegen sein ließ, das Werk der sozialistischen Minister wieder zu zerstören. Zweimal trachtete sie, den Neunstundentag wieder einzuführen, was aber dank der gesteigerten Wachsamkeit der Arbeiterpartei mißlang. Es versteht sich, daß diese Regierung wortlos zusah, als das Unternehmertum das „Gesetz der Faulheit" — so wurde verächtlich das Achtstundengesetz genannt — umging oder glatt vergewaltigte. Die Arbeitslosenunterstützung aus dem Krisenfonds wurde verringert. Die Herstellung von billigen Wohnungen eingestellt und durch ein System von Prämien ersetzt, welch letztere denen gewährt wurden, die auf eigene Rechnung bauen konnten. So begünstigte man die, die ein Bankguthaben besaßen, auf Kosten der Ärmsten. Die Regierung Theunis verlängerte zwar das Mieterschutzgesetz, aber mit einer Erhöhung der Mieten. Die beitragsfreie Altersunterstützung wurde beseitigt. Kurz, langsam aber sicher vernichtete die liberal-katholische Regierung die Errungenschaften der sozialistischen Minister.

Die Regierung Theunis wurde durch den glänzenden sozialistischen Wahlsieg am 6. April 1925 begraben. Wir gewannen 150 000 neue Stimmen und neun Kammersitze, wodurch wir die stärkste Partei des Landes mit einer Stimmenzahl von 800 000 wurden. Vandervelde wurde mit der Regierungsbildung betraut. Nachdem er vergeblich nach einer genügenden Zahl bürgerlicher Minister Ausschau gehalten hatte, überließ er den Katholiken die Aufgabe.

Die Katholiken versuchten zunächst, allein zu regieren. Ihre Regierung brachte jedoch in der ersten Woche schon wieder zusammen. So kam dann eine Verständigung zwischen den Sozialisten und Katholiken zustande, die die Regierung Poullet-Vandervelde brachte. Unsere Partei arbeitete aufs neue ein Programm der unmittelbaren Reformen aus. Darin verlangen wir die Verkürzung der militärischen Dienstzeit, die neuerdings zwölf oder dreizehn Monate beträgt, aber nächstens nur noch zehn Monate betragen und dann noch weiter verkürzt werden wird. Weiter wird in dem Programm verlangt: Verlängerung des Mieterschutzgesetzes ohne Erhöhung der Miete, Wiedereinführung der beitragsfreien Altersunterstützung, Amnestie für die politisch Verurteilten und für die wegen ihrer öffentlichen Tätigkeit entlassenen Verwaltungsbeamten, Wiedereinstellung der Opfer des Eisenbahnerstreiks, Annahme des Washingtoner Abkommens, Steuerfreiheit für 7200 Franken des Arbeitslohnes, ein neues Unfallgesetz und schließlich die gesetzliche Regelung der Heimarbeit.

Nachdem diesem Programm der unmittelbaren Reformen die bürgerlichen Ministerkandidaten zugestimmt hatten, sind wir mit fünf Mann in die Regierung eingetreten, der noch fünf Katholiken und zwei Außenseiter angehören. Unsere Genossen haben die Ministerien des Auswärtigen, der Arbeit, der Eisenbahn, des Unterrichts und der öffentlichen Arbeiten besetzt. Vom ersten Tage der neuen Regierung ab haben die Reaktionäre ihr möglichstes versucht, sie zu torpedieren. Die katholischen Reaktionäre beantragten die Einführung des Frauenstimmrechts für die Provinzialwahlen, und zwar sofort, obwohl sie selbst in den fünf Jahren, wo sie mit den Liberalen zusammen regierten, nichts dergleichen getan hatten. Der Versuch scheiterte. Die parlamentarischen Ferien benutzten die sozialistischen Minister zur Verwirklichung der in dem Programm angeführten Reformen. Anseele, der sozialistische Eisenbahnminister, veranlaßte die Wiedereinstellung der wegen Teilnahme am Streik gemaßregelten Eisenbahner, erkannte ihre Gewerkschaft an und arbeitete mit deren Leitung regelmäßig und friedlich zusammen. Von der fleißigen Tätigkeit Vanderveldes, des Außenministers, hat die Welt einen wenn auch nur teilweisen Beweis durch das Werk von Locarno erhalten. Der Unterrichtsminister Huymans wird von den Reaktionären am meisten angegriffen. Sie verzeihen ihm noch immer nicht, daß er während des Krieges eifrig für die sozialistische Internationale gewirkt hat. Sie geben ihm den Spitznamen „Der Mann von Stockholm" gegeben. Aber Huymans läßt sich durch das Gekläffe der schwarzen Köter nicht in der Absicht beirren, im Unterrichtsministerium gewichtige und schon längst nötige Neuerungen durchzuführen. Seine Erfahrungen als einstiger Schullehrer kommen ihm dabei trefflich zustatten. Als jüngst der Haushaltsplan seines Ministeriums im Parlament zur Erörterung stand, hat er den schwarzen Pennälern gebührend heimgeleuchtet.

Der umfangreichste und schwerste Teil des Programms der unmittelbaren Reformen fällt naturgemäß dem Arbeitsminister Wauters zu. Zuerst hat er die unter der katholisch-liberalen Regierung begonnene Mißachtung der Arbeiterschutzgesetze unterbunden, dann die Vorarbeit zur Durchführung der in dem Programm angeführten gesetzlichen Maßnahmen vorwärts getrieben. Die erste größere dieser Maßnahmen, die Gesetz werden wird, dürfte das Washingtoner Abkommen sein.

Es ist natürlich noch zu früh, die Bilanz der dritten Beteiligung der Sozialisten an der Regierung zu ziehen. Immerhin sind wir fest überzeugt, daß sie sehr vorteilhaft für die Arbeiterklasse sein wird. Für das Verbleiben der sozialistischen Minister in der Regierung gilt folgender Grundsatz: Solange die Minister wirklich Gutes für das arbeitende Volk zu leisten vermögen, haben sie auf ihren Posten zu bleiben. Sofern sie sich dazu außerstande sehen, haben sie das Regierungsschiff zu verlassen und die Fraktion muß in der Kammer sofort wieder Oppositionsstellung beziehen.

Das Stimmenverhältnis in der jetzigen Kammer ist derart, daß sich eine bürgerliche Koalition schwerlich halten kann. Obwohl unsere dritte Teilnahme an der Regierung noch sehr kurz ist, läßt sich doch schon sagen, daß sie reichen Segen für die Arbeiterklasse gestiftet hat.

Von der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung

Im letzten Friedensjahr 1913 vereinigte der Schweizerische Gewerkschaftsbund 80 398 Mitglieder, im Jahre 1919 waren sie auf 223 588 gestiegen. 1920 setzte der Rückgang ein, der 1923 mit 151 401 den Tiefpunkt erreichte. Das Jahr 1924 mit 151 502 Mitgliedern zeigt zum erstenmal wieder einen Aufstieg, der zwar mit 101 gegenüber 1923 nicht groß, aber als Zeichen der Besserung beachtenswert ist. Das um so mehr, als im Jahre 1924 der Verband des Züricher Bankpersonals mit 500 Mitgliedern aus dem Gewerkschaftsbund ausgetreten ist. Bemerkenswert ist, daß im letzten Jahre die Zahl der männlichen Mitglieder um 2627 gestiegen, hingegen die der weiblichen Mitglieder um 2526 zurückgegangen ist. Sechs von den 18 Verbänden des Gewerkschaftsbundes erfuhren einen Zuwachs an Mitgliedern, den größten der Metallarbeiterverband mit 1662 von 41 669 auf 43 331.

Eine Verminderung hat auch die Zahl der Ortsgruppen von 1186 auf 1108 an 349 Orten erfahren, desgleichen die Zahl der Angestellten von 146 auf 132, wovon 61 in den Zentralbüros und 71 als Lokalsekretäre beschäftigt sind.

Die finanziellen Verhältnisse der Verbände haben sich gebessert trotz eines kleinen Rückganges der Einnahmen, die 8 078 030 Fr. betrugen gegenüber 8 330 528 Fr. in 1923, und einer mäßigen Vermehrung der Ausgaben von 6 777 746 Fr. auf 6 858 943 Fr. Dabei stieg der Vermögensbestand der Verbände von 9 898 185 Fr. auf 12 287 276 Fr.

Der Gewerkschaftsbund bemerkt in seinem Jahresbericht für 1924 dazu: „Das Finanzgebaren der Gewerkschaften ist für die Beurteilung ihrer Wirksamkeit von großer Bedeutung. Der Grundsatz muß sein: Möglichst hoher Nutzen bei mäßiger Belastung der Mitglieder. Die strenge Selbstkontrolle empfiehlt sich auch schon darum, weil die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften der öffentlichen Kontrolle unterstehen und eine übelwollende Kritik fortgesetzt am Werke ist, dem unwissenden Arbeiter plausibel zu machen, seine sauer verdienten Batzen werden von skrupellosen Hetzern vertan. Die gleichen Leute, die solche Verdächtigungen ausstreuen, hüten sich aber sehr davor, die Geheimnisse der Kassen der Unternehmerverbände ebenfalls der öffentlichen Kritik zu unterstellen."

Trotz der keineswegs blühenden Wirtschaftslage, waren doch noch immer während des ganzen Jahres 1924 Tausende Arbeitsloser vorhanden, entwickelten die Gewerkschaften eine vermehrte Tätigkeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und zur Abwehr etwaiger weiterer Verschlechterungsgelüste der Unternehmer. Erreichten die Lohnkämpfe in 1923 den Tiefpunkt, so brachte das Jahr 1924 mit 617 (1923: 491) Lohnbewegungen und 233 453 (84 844) Beteiligten eine bedeutende Vermehrung.

Zum Schlusse wird vom Gewerkschaftsbund mit Recht festgestellt, daß jene Gegner, die Jahr für Jahr den Zusammenbruch unserer Gewerkschaften prophezeien, sich einmal mehr davon werden überzeugen müssen, daß wir noch stark am Leben sind und uns noch kräftig weiter zu entwickeln gedenken. Aber auch für unsere Gewerkschafter selbst ist der Bericht lehrreich und alle jene, die der Gewerkschaftsbewegung entgegenstehende und zu überwindende Widerstände gering einschätzen, werden zugeben müssen, daß eine Massenbewegung wie die Gewerkschaftsbewegung, die es mit einem mächtigen Gegner zu tun hat, nicht allein nur auf Stimmungen eingestellt sein darf.

Und wir hoffen, daß die Gewerkschaftsstatistik für 1925 weitere Fortschritte und Erfolge der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck bringen wird. Z.

Andere Länder, andere Sitten

In einer Vorstadt von Kopenhagen feierte kürzlich die sozialdemokratische Jugendorganisation ihr Stiftungsfest. Der Vorsitzende, der zurzeit als gewöhnlicher Soldat eine militärische Übung mitmacht, war in Soldatenuniform anwesend und gab in seiner Begrüßungsansprache gegenüber dem ebenfalls anwesenden sozialistischen Landesverteidigungsminister der Überzeugung Ausdruck, daß Minister und Soldat darin einig seien, den Militarismus zu bekämpfen und auf Abrüstung hinzuwirken. Der Minister stimmte diesen Ausführungen zu und bezeichnete es als das Zeichen einer neuen Zeit, daß ein einfacher Soldat den obersten Chef des Heeres bei einer Versammlung begrüße, die auf Abschaffung des Heeres hinwirkt. Der Minister fügte hinzu: Nun reichen sich Minister und gemeiner Soldat die Hand und geloben, gemeinsam zu wirken gegen den Militarismus und für Frieden und Volksaufklärung. — Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß dieser Vorgang auf die Versammlungsteilnehmer einen tiefen Eindruck machte.

•

Die japanischen Studenten — antimilitaristisch!

(WJL.) Als die japanische Regierung an den Universitäten die militärische Zwangsausbildung nach dem Vorbild Amerikas einführen wollte, erfuhr sie eine einmütige Ablehnung durch die Studenten, die in ihrem Standpunkt von den führenden Zeitungen unterstützt wurden.

Ein weiterer Beweis für das Sinken der Macht der Militärpartei ist der Erfolg des japanischen Volkes, eine große Summe, die für Marine und Heer bestimmt war, vom letzten Haushaltsplan zu streichen.

•

Sinken der Lebenshaltungskosten — in Holland. Nach einem Bericht des städtischen statistischen Büros der Stadt Amsterdam sind die Kosten der Lebenshaltung in den letzten Monaten weiter gesunken. Wird für die Kosten der Lebenshaltung im Monat März 1920 die Zahl 100 zugrunde gelegt, dann betragen sie im September 1925 nur 85,6. Glückliches Holland!

Alphonse Merrheim ist tot

Von Paris kommt uns die Trauerbotschaft, daß Alphonse Merrheim, der einst führende Mann des französischen Bruderverbandes, am 22. Oktober gestorben ist. Mit ihm ist ein Gewerkschafter großen Formats und eine hervorragende Persönlichkeit der Eisernen Internationale dahingegangen. Die Hiobspost kommt allen denen, die Merrheim näher standen, nicht überraschend. Sie wußten, daß ihn nur der Tod von dem Leiden erlösen konnte, das ihn in dem Asyl von Ville-Evrard festhielt. Seit vielen Monaten lebte er dort in geistiger Umnachtung, und es war nur eine Frage von kurzer Zeit, daß auch die körperlichen Kräfte versiegten.

Merrheim wurde 1871 in jenem verräucherten Backsteingewürg geboren, das den Vorstädten von Lille das Gepräge gibt. An seiner Wiege stand Frau Sorge, und sie hat ihn zeitlebens immer begleitet. Die unterbezahlte Industriearbeit hatte diese Spuren in den Körper des kleinen, schmächtigen Kupferschmieds gegraben. Aber er gehörte jener Rasse an, die so viele Revolutionäre der Welt geschenkt hat, der jüdischen. Die furchtbare Drangsal seiner Klasse machte ihn sehr früh zum Revolutionär. Schon mit 18 Jahren stand Merrheim in der Reihe der gewerkschaftlichen Pioniere des französischen Nordens. 1891 gründete er in Roubaix die erste Metallarbeitergruppe. Damit aber wurde er auch der Gekennzeichnete des Ausbeutertums. Maßregelungen und Hungerkuren wechselten miteinander ab. Nachdem er vier Jahre der Verfolgung standgehalten, siedelte er nach Paris über, wo der glänzende Redner bald einer der drei Sekretäre des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes wurde. Der kleine Kupferschmied wuchs schnell über seine Vorstandskollegen hinaus, er ward bald der Kopf des Verbandes. Es gab nun keine größere Handlung oder Bewegung im französischen Gewerkschaftsbund mehr, woran er nicht tätigen Anteil hatte. 1906 arbeitete er mit Griffuelhes, Jouhaux und Poujet die berühmte Charte von Amiens aus, die dem Gewerkschaftsbund sein geistiges Gesicht gab.

Als ich 1906 kurz nach dem bewegten Maistreik zur Eroberung des Achtstundentages in der Rue Grange-aux-Belles zu Paris mit ihm zusammentraf, war er noch Syndikalist reinsten Wassers und auf die deutschen „Reformisten" nicht gerade gut zu sprechen. Aber der vollständige Fehlschlag des von syndikalistischem Glauben entfachten Generalstreiks und manch andere Erfahrung konnten an dem feinfühlenden, ständig abwägenden Geist nicht spurlos vorübergegangen sein. Denn fünf Jahre später wunderte ich mich über die hohe Achtung, die er nun den deutschen Gewerkschaften zollte. Sein Syndikalismus hatte inzwischen einen auffälligen „reformistischen" Stich bekommen.

Dann kam der Krieg. Und nun zeigte sich erst der kleine Kupferschmied in seiner ganzen Größe. Der Völkermord, die große Blutkur des Proletariats erschütterte Merrheim bis in die tiefsten Seelenschächte. Die abscheuliche Lügenbeutelei vom bedrohten Vaterland und vom Kriege für Recht und Zivilisation, die in Frankreich nicht weniger dreist geübt wurde wie im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, steigerte seinen Haß gegen Militarismus und Massenmord noch mehr. Er wurde aktiver Pazifist. Während viele andere sich auf die Seite der Macht, des Wahnwitzes, der patriotischen Phrase stellten oder aus Feigheit ihre Überzeugung auf Urlaub schickten, war Merrheim unermüdlich dabei, die uniformierte Bestie und ihre Schandtaten, als auch jenes Höllengesindel zu brandmarken, um derentwillen die Menschen hüben und drüben zur Schlachtbank getrieben wurden. Alles, was er an Talenten und Mitteln zur Verfügung hatte, wandte er auf, um den Krieg zu beenden. Sein pazifistischer Eifer trug ihn auch nach Zimmerwald. Jede der kargen Nachrichten, die von ihm über die Schweiz zu uns herüberdrang, zeigte, daß er aufreibend und unbeirrbar gegen den Kriegswahnwitz wirkte. Er war einer von der aufrechten Schar, die ihre sozialistische Überzeugung über die Landeszugehörigkeit stellte und die für ihre Überzeugung das Leben einsetzte. Die nationalistischen Späher und uniformierten Würger lagen ständig sprungbereit im Hinterhalt. Er spottete ihrer. Immer wagte er die Freiheit, dutzendmal das Leben. In der bangen Nacht des Krieges zeigte sich, daß Merrheim nicht nur ein Kampfgenosse mit hervorragenden Fähigkeiten, sondern auch ein Charakter von seltener Größe war, wodurch bekanntlich ja die Fähigkeiten erst eigentlich die hohe Weihe erhalten. Daß seine Zuneigung, seine Liebe zu den deutschen Kameraden trotzalledem und alledem unerschüttert geblieben war, wurde ich gleich beim ersten Wiedersehn nach dem Kriege auf dem internationalen Metallarbeiterkongreß in Kopenhagen inne. Während es andern westfälischen Kollegen etwas schwer wurde, den alten freundschaftlichen Ton wiederzufinden, stürzte mir Merrheim mit offenen Armen und feuchten Augen entgegen. Die furchtbare vierjährige Blutkur hat bei ihm das Band der internationalen Freundschaft nur noch inniger gekittet.

Gerade auf diesen charaktervollen Gewerkschafter richteten sich hauptsächlich die kommunistischen Angriffe. Auf den Gewerkschaftskongressen, die der Spaltung vorangingen, in Lyon, in Orleans, in Lille wurde er von Leuten, die niemand vorher gesehen, die nie den Mut der Überzeugung gezeigt hatten, von denen man vielleicht nur wußte, daß sie vor und während des Krieges mit der blinden Masse gelaufen waren — Verräter, Kettenhund der Bourgeoisie, Feigling und Gott weiß was sonst noch geheißen und ihm, wenn er seine Überzeugung verfocht, drohende Fäuste entgegengehalten.

Zu den Wunden, die der Völkermord der feinfühlenden Seele geschlagen hatte, kamen neue hinzu, die der Bruderkampf schlug. Wie furchtbar er unter dem Bruderkampf gelitten hat, offenbarte sich mir auf dem Wege nach der Leuchtenburg, wohin unser Jenaer Verbandstag an einem Nachmittag wanderte. Immer und immer wieder brach bei ihm die Sorge um die Zukunft der französischen Gewerkschaftsbewegung durch. Gerade jetzt, wo ihre Geschlossenheit bitter notwendig sei, um die siegestolle Bourgeoisie in Schach zu halten, werde sie vom Spaltpilz zerrissen und ohnmächtig gemacht. Was solle aus der Arbeiterschaft werden, die durch den Krieg geschwächt ward und von einer übermütigen und gewaltig gestärkten Kapitalistenklasse bedroht wurde? Und zu dieser aufreibenden Sorge kam noch die Frage nach seiner künftigen Lebensmöglichkeit. Davon sprach er zwar wenig, aber ihre Fragwürdigkeit war mir unter den obwaltenden Umständen klar. In die Werkstatt zurückkehren war bei dem Haß, womit er von vielen Arbeitern und allen Unternehmern bedacht wurde, unmöglich. An einen Unterschlupf in der französischen Gewerkschaftsbewegung zu denken, verbot sich bei ihrer damaligen Zerrüttung und Schwäche. Er sah meines Erachtens zu schwarz; aber mein Trost hatte keine Wirkung, weil eben diese feinfühlende proletarische Seele schwer verletzt, todwund war.

Was der vierjährige Massenmord noch an geistigen Kräften gelassen hatte, verzehrte der Bruderkampf, die Sorge um die Zukunft des Proletariats. Sein Geist umnachtete sich. Merrheim mußte Ruhe, Genesung in einer Heilanstalt suchen. Er hat sie als Lebender nicht mehr verlassen. Eine 35jährige rastlose Tätigkeit mit ihrem verzehrenden Drum und Dran hat diese zarte Natur vorzeitig aufgerieben.

Was von Alphonse Merrheim sterblich ist, wurde am 25. Oktober in Roubaix, wo er sein Lebenswerk begann, zu Grabe getragen. Das internationale Proletariat hat einen seiner Besten verloren. Sein ganzes Leben hat er seiner Klasse geweiht. Sein Grabstein sollte das nämliche Wort tragen, das der des belgischen Tribuns Jean Volders trägt: Il aima le Peuple, Le Peuple le pleure (Er liebte das Volk, Das Volk beweint ihn). Wir beklagen mit seiner Familie und den französischen Kameraden den schier unersetzlichen Verlust. Wir fügen unsern Kranz zu den vielen, die ihm schwielige Arbeiterhände gewunden. Er wird unvergessen bleiben, denn er lebt ja weiter durch seine Taten und seine untadelige Gesinnung. F. K.

•

Die Siemens-Schuckertwerke werden gewerkschaftlich erzogen. Die Hafenarbeiter von Limerick (Irland) haben das Löschen eines zweiten Schiffes mit Material der Siemens-Schuckertwerke für die Shannon-Elektrizitätswerke abgelehnt, während die Hafenangestellten jede Unterstützung beim Anlegen des Schiffes versagten. Ferner wurde die Lieferung von frischem Wasser und von Kohlen für die Siemens-Schuckert-Büros in Limerick verweigert. Der deutsche Bauarbeiterverband hat die Arbeit in Limerick unter Boykott gestellt.

Reform der Sozialversicherung

In letzter Zeit liest man wieder häufiger von einer Reform der Sozialversicherung. Bei dieser Gelegenheit ist es unbedingt erforderlich, die rechtliche Stellung der Versichertenvertreter in den Organen der Betriebskrankenkassen entsprechend der Beitragsleistung umzuändern. Die in der Reichsverfassung gewährleistete Selbstverwaltung der Sozialversicherung kann bei den Betriebskrankenkassen nur dann verwirklicht werden, wenn die Versicherten entsprechend ihrer geldlichen Belastung auch das überragende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht haben.

Zu den Paragraphen, die im Sinne einer wirklichen Selbstverwaltung geändert werden müssen, gehört in erster Linie der § 338 Abs. 3 RVO, der folgenden Wortlaut hat: „Der Arbeitgeber oder sein Vertreter führt den Vorsitz ...“ Im § 21 Abs. 4 RVO wird gesagt, daß die ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstandes nicht zugleich besoldete Beamte des Versicherungsträgers sein dürfen. Der § 362 Abs. 1 besagt, daß der Arbeitgeber bei den Betriebskrankenkassen auf seine Kosten und Verantwortung die für die Geschäfte erforderlichen Personen zu bestellen hat. Das Reichsversicherungsamt hat dann noch entschieden (Amtl. Nachr. d. RVA 1916, S. 377), „daß der nach § 362 beauftragte Betriebsbeamte (Kassenverwaltung) vom Arbeitgeber als dessen Vertreter im Kassenvorstand bestellt werden könne“. Diese Bestellung sei nicht nach § 21 Abs. 4 RVO unzulässig. Also für die Betriebskrankenkassen — entgegen den gemeinsamen Vorschriften im ersten Buche der RVO, § 21 Abs. 4 — eine Ausnahmestellung.

Diese Vorzugsstellung des Betriebsinhabers muß beseitigt werden, sie ist undemokratisch. Auch bedürfen die Mitglieder der Vorstände und Ausschüsse bei den Betriebskrankenkassen eines weitergehenden gesetzlichen Schutzes, als ihn § 22 RVO vorsieht. Aus allen diesen Gründen wäre § 338 Abs. 3 RVO in folgender Form zu fassen:

„Die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkassen wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden mit Stimmenmehrheit. Der Betriebsinhaber hat die Hälfte der Stimmen, die den Versicherten satzungsgemäß zustehen.

Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter darf nicht Angestellter der Betriebskrankenkasse sein.

Vorstands- und Ausschußmitglieder dürfen während der Dauer ihrer Amtsperiode nur mit Zustimmung des Vorstandes und Ausschusses aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen werden.

Die Zustimmung ist nicht erforderlich in den Fällen, wo die Voraussetzungen zur Kündigung oder fristlosen Entlassung nach § 96 BRG gegeben sind.“

Auch der § 340 RVO ist eine Ausnahmebestimmung zuungunsten der sich freiwillig weiter versichernden Mitglieder der Betriebskrankenkassen. Er lautet: „Wer die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankenkasse freiwillig fortsetzt, ist nur so lange wählbar und wahlberechtigt, als er dem Betrieb angehört, für welchen die Kasse errichtet ist.“

Nach dem früheren Wortlaut des § 340 war das aktive und passive Wahlrecht nur den versicherungspflichtigen Mitgliedern der Betriebskrankenkassen gegeben. Die jetzige Fassung ist eine Bevorzugung der Angestellten, die wegen Aufrückens in ihren Gehaltsbezügen aus der Versicherungspflicht ausscheiden, im übrigen aber im Betriebe verbleiben. Dieser § 340 müßte in seinem Wortlaut wie folgt gefaßt werden:

„Wer die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankenkasse freiwillig fortsetzt, ist wahlberechtigt und wählbar.“

Um die Angestellten der Betriebskrankenkassen dem Einfluß der Unternehmer zu entziehen, bedarf auch der § 362 einer Neufassung. Nach diesem Paragraphen hat der Betriebsinhaber auf seine Kosten und Verantwortung die für die Geschäfte der Betriebskrankenkassen erforderlichen Personen zu bestellen. Im Abs. 2 des Paragraphen heißt es, daß der Vorsitzende des Vorstandes „Angestellte, die ihre dienstliche Stellung zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen,“ erstmalig zu verwarnen und bei Wiederholung, nachdem ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, sofort zu entlassen hat. Die Neufassung des angezogenen § 362 müßte lauten:

„Bei den Betriebskrankenkassen bestellt der Vorsitzende mit Zustimmung des Vorstandes die für die Geschäfte der Kasse erforderlichen Personen auf Kosten des Arbeitgebers.

Angestellte der Betriebskrankenkassen, die ihre dienstliche Stellung zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen, hat der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter im Auftrage des Vorstandes zu verwarnen und bei Wiederholung, nachdem ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, sofort zu entlassen; § 357 Abs. 2 RVO gilt entsprechend.“

Durch das „Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen“ vom 27. März 1923 ist in seinem § 10 bestimmt, daß ein Unternehmen nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung eine Betriebskrankenkasse errichten kann. Diese Vorschrift ist im jetzigen § 245 RVO aufgenommen. Der Unternehmer kann für jeden Betrieb, in dem er für die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige beschäftigt, mit Zustimmung der Betriebsvertretung eine Betriebskrankenkasse errichten (die Vorschriften der §§ 153 ff. RVO gelten für Betriebskrankenkassen nicht). Da es aber auch Betriebe ohne Vertretungen in nicht unerheblicher Zahl gibt, anderseits das Bestreben der Unternehmer, den Einfluß der Versicherten immer mehr einzudämmen, stets offensichtlicher wird — erinnert sei nur an die scharfen Erwiderungen aus dem Lager der Unternehmer, als das Reichsarbeitsministerium die falschen Berechnungen über die „unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherungsausgaben“ richtigstellte —, bedarf auch der § 245 einer Abänderung. Es müßte die Fassung folgendermaßen sein:

„Ein Arbeitgeber kann mit Zustimmung des Betriebsrats eine Betriebskrankenkasse errichten für jeden Betrieb, in dem er für die Dauer mindestens 5000 Versicherungspflichtige und für jeden landwirtschaftlichen Betrieb oder Binnenschiffahrtsbetrieb, in dem er für die Dauer mindestens 1000 Versicherungspflichtige beschäftigt. Beteiligte Versicherungspflichtige sind vorher zu hören.“

Auch dem jetzigen Wortlaut des § 245 Abs. 1 kann schon eine Betriebskrankenkasse errichtet werden bei der Industrie mit 150, bei der Landwirtschaft und dem Binnenschiffahrtsbetrieb mit nur 50 Versicherungspflichtigen. Daß dies eine planlose Zersplitterung der Kräfte gerade zuungunsten der Versicherten bedeutet, ist wohl jedem Einsichtigen klar.

Was die Auflösung einer Betriebskrankenkasse anbelangt, so besagt § 272 RVO folgendes: „Eine Betriebskrankenkasse kann auf Antrag des Arbeitgebers aufgelöst werden, wenn der Kassenausschuß zustimmt.“ Abzuändern ist der Wortlaut in folgender Form:

„Eine Betriebskrankenkasse kann auf Antrag des Arbeitgebers oder auf Beschluß der Mehrheit des Kassenausschusses aufgelöst werden.“

Dem § 274 Abs. 1 RVO wäre folgende Fassung zu geben:

„Eine Betriebskrankenkasse wird geschlossen, wenn die Voraussetzungen des § 245 Abs. 1 für die Kasse nicht mehr zutreffen.“

Über die Verwendung von Kassenmitteln der Kassenvereinigungen, die den allgemeinen Zwecken der Krankenkasse dienen, heißt es im § 414 RVO, „daß die Kassenmittel nur mit Zustimmung beider Gruppen im Vorstand verwendet werden dürfen“. „Allgemeine Zwecke der Krankenkasse“ bedeutet auch, daß die Kassenvereinigungen Heilanstalten und Genesungsheime anlegen und betreiben können. Die Mittel, die für derartige Einrichtungen verwendet werden, rühren doch auch zu zwei Drittel aus Beiträgen der Versicherten her. Zweckmäßig müßte § 414 lauten:

„Für Kassenvereinigungen anderer Art, die den allgemeinen Zwecken der Krankenkasse dienen, dürfen Kassenmittel nur mit Zweidrittelmehrheit verwendet werden.“

Für die Versichertenvertreter in den Vorständen der Betriebskrankenkassen sei zum Schluß noch auf einen wichtigen Punkt verwiesen. Der Arbeitgeber hat nach dem jetzigen Wortlaut des § 362 „auf seine Kosten die für die Geschäfte erforderlichen Personen zu bestellen“. Zu diesen Personen gehören auch die Krankenkontrolleure, die bei den Betriebskrankenkassen ebenfalls auf Kosten des Betriebsinhabers zu bestellen sind (Entscheidung des Reichsversicherungsamts, Amtl. Nachr. 1915, Seite 376). L. E.

Die Konferenz des Nürnberger Bezirks

Sie tagte am 25. Oktober 1925 in Nürnberg. Ihre Tagesordnung lautete: Bericht der Bezirksleitung über die Tätigkeit im Jahre 1924 und bis zur Bezirkskonferenz und Aussprache; Behandlung wichtiger, aktueller Verbandsfragen (Referent: Kollege Schäfer vom Vorstand) und Aussprache; Wahl der Mitglieder der engeren Bezirkskommission.

Der Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung wurde vom Kollegen Näpflein gegeben. Ausführlich schilderte er, welche Arbeit durch die Bezirksleitung seit Anfang Januar 1924 bis heute geleistet wurde, wobei die Lohnbewegungen besonders behandelt wurden. An der Aussprache beteiligten sich Kröpelin (München), Röhl (Lindau), Ringler (Lauf), Koch (Passau), Baur (Augsburg), Kästner (Nürnberg), Wernthaler (Augsburg). Die Kollegen hatten gegen die Tätigkeit der Bezirksleitung nichts vorzubringen. Sie befaßten sich mit der Lohnpolitik der Branchen, der Tätigkeit der Funktionäre sowie mit Angelegenheiten der Betriebsräte.

Sodann behandelte Kollege Schäfer die vom Vorstand und Ausschuß beschlossene Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge unseres Verbandes. In seinem 1½stündigen Vortrage, der mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurde, legte der Redner eingehend dar, welche Gründe zu dem Beschluß des Vorstandes und des Ausschusses geführt haben und daß die Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge für den Verband unbedingt notwendig sei.

An der Aussprache beteiligten sich Ritzer (Erlangen), Baur (Augsburg), Glade (München), Röhl (Lindau), Lindemaier (Ingolstadt) und Endemann (Amberg). Alle Redner bekräftigten die Ausführungen des Kollegen Schäfer und stimmten der Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen ausdrücklich zu.

Kollege Endemann (Amberg) verwies darauf, daß es nicht unbegreiflich wäre, wenn man in seiner Verwaltungstelle, wo die Luitpold- und Maxhütte liegen und die Löhne am niedrigsten sind, sich gegen eine Beitragserhöhung wendete. Dies treffe aber nicht zu, sondern in seiner Verwaltungstelle werde die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungen und der Beiträge anerkannt. Er erinnerte daran, daß im vergangenen Jahre, als der Streik in der Luitpoldhütte und die Aussperrung in der Maxhütte stattfand, viele Kollegen bereit haben, daß sie ihre Beiträge in der 2. Beitragsklasse entrichtet hatten, so daß sie nun auch nur die Streikunterstützung der 2. Klasse erhalten konnten. Die Kollegen haben sofort nach Beendigung des Streiks die Beiträge in der 1. Klasse bezahlt, damit sie in der Zukunft die Unterstützungen nach der 1. Beitragsklasse erhalten können.

Der folgende vom Kollegen Leo (Ansbach) gestellte Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die Bezirkskonferenz des Bezirks Nürnberg nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der durch Vorstand und Ausschuß beschlossenen wesentlichen Erhöhung insbesondere der Streik- und Maßregelungsunterstützung sowie der übrigen Unterstützungen, und sie hält die damit verbundene Beitragserhöhung für absolut notwendig. Die Delegierten verpflichten sich, alle Kräfte zur Durchführung der unvermeidlichen Beitragserhöhung und eines einheitlichen Beitrages einzusetzen, da die durch Vorstand und Ausschuß beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Organisation führen.“

Vom Kollegen Heide wurde die Schaffung von Industrieverbänden behandelt und das Verhalten der verschiedenen Organisationsvertreter im Ausschuß des ADGB und des Bundesvorstandes zur Frage von Industrieverbänden einer scharfen Kritik unterzogen. Die vom Vorstand gemachten Vorschläge über unsere Agitationstätigkeit wurden erläutert und darauf hingewiesen, daß eine statistische Erfassung der in der Metallindustrie und der in anderen Industrien beschäftigten Metallarbeiter vorgenommen wird. Die Bezirkskonferenz war einmütig der Auffassung darüber, daß die Industrieverbände dringend erforderlich sind. — Es wurde dann die Wahl der Mitglieder der engeren Bezirkskommission vorgenommen. Anwesend waren 68 Delegierte.

So sind unsere Spatzen

In der M. a. M. ist zu lesen: „Herr Dr. Tänzler von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schrieb am 22. Juli einen Aufsatz: „Gegen den Strom“, und darin u. a.: „Die Wirtschaft aber, aus der man alle diese Löhne, Steuern und sozialen Lasten ziehen will, sie denkt man sich wie im Märchenlande als unaufhörlich und mühelos sprudelnde Quelle ...“

Man muß gestehen, daß die Herren Geschäftsführer der Vereinigung selbst sich wie im Märchenlande vorkommen müssen, wenn die Angaben richtig sind, die da in einer Schöffengerichtsverhandlung in Berlin-Mitte über die Zustände bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zutage gefördert worden sind. Seit Jahr und Tag überschwemmen diese Wortführer der Vereinigung die deutsche Öffentlichkeit mit ihren Aufsätzen, in denen der ewige Refrain wiederkehrt: Keine Lohnerhöhungen, dafür Lohnherabsetzungen, Mehrarbeit, äußerste Sparsamkeit, Verbrauchseinschränkung! Das waren ihre Rezepte, nach denen wir gerettet werden sollten.

Aber die Herren Geschäftsführer der Vereinigung kurieren nur andere nach solcher Methode. Sie selbst wissen ganz anders für sich zu sorgen: Gehalt der drei Geschäftsführer zusammen monatlich 6000 ℳ, trotzdem Zahlung von Vorschüssen; „besondere Zuwendungen“, die nicht über Gehaltskonto laufen, um damit nicht der Einkommensteuer zu unterliegen (Herr Reichsfinanzminister!), Fahrkarten 2. Klasse bei Eintreten des Preises für die 1. Klasse, tägliche Sitzungen in renommiertesten Weinrestaurants usw.

Das sind nun die Wortführer der Vereinigung, die dem deutschen Volke die Sparsamkeit predigt; es sind die Leute, die die Öffentlichkeit (Minister, Schlichter, Wissenschaftler) für ihre Sparsamkeitstheorie einfingen.

Ist die unangenehme Veröffentlichung der „tatsächlichen Aktenmäßig“ mit dem historischen Schweigen des Herrn Dr. Meißinger, und dauerten die Schöffengerichtsverhandlung über die liebliche Idylle in der Burggrafenstraße nicht ein bißchen viel auf einmal?“

Was da die Berliner Gerichtsverhandlung offenbart hat, kann uns kaum überraschen. Es ist uns längst bekannt, daß das Geine der Unternehmerjuridici von Einschränkung und Sparsamkeit eitel Heuchelei ist. Sie fordern Einschränkung nur für die andern, für die Arbeiter, für ihre eigene Person aber sind sie für die gefüllte Tasche. Daß sie beim Füllen ihrer weiten Taschen etwas dreist ausgreifen, entschuldigt ihr Eifer in Sachen des wirtschaftlichen Aufbaues, mit dem sie eben — irgendwo muß er doch beginnen! — bei sich selbst anfangen. Übrigens bestätigen ihre Brotgeber die gleiche Moral.

Eine neue Tat der Volksfürsorge

Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge in Hamburg findet eine sehr beachtliche neue Leistung für ihre Versicherten ein. Mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamts wird die Volksfürsorge ihren Versicherten, sofern für sie eine monatliche Prämie in der Volksversicherung von mindestens 2 ℳ entrichtet wird, ab 1. November 1925 eine „Gratis-Unfallversicherung“ auf den Todesfall in gleicher Höhe gewähren, so daß ohne Zahlung irgendeiner Zusatzprämie beim Tode infolge eines Unfalls stets die doppelte Versicherungssumme zur Auszahlung gelangt. — Bei der Lebensversicherung wird eine Mindestprämie zur Voraussetzung für die Sonderleistung der Volksfürsorge nicht gefordert. Sowohl in der Volks- als auch in der Lebensversicherung wird die Höhe der Sonderleistung in jedem einzelnen Fall auf 3000 Reichsmark nach oben begrenzt sein.

Diese neue Leistung der von Tag zu Tag wachsenden Volksfürsorge muß für jeden Gewerkschaftskollegen ein Ansporn sein, eine Versicherung auf Tod und Unfall abzuschließen. Die Volksfürsorge gilt als die leistungsfähigste Versicherung, und da sie unter der Aufsicht von Arbeitern verwaltet wird, ist die Verwendung der Mittel im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gesichert.

Jubilarfeier in Schweinfurt

Auch die Verwaltungstelle Schweinfurt hat ihre Jubilare in einer gut verlaufenen Feier am 23. Oktober geehrt. Die Arbeitersportvereine haben das Fest verschönert. Kollege Seyfen hielt eine kurze Ansprache, dem sich der Bezirksleiter Kollege Näpflein anschloß. Die Mitglieder sollten sich ein Vorbild an unseren Jubilaren nehmen und ebenso treu zum Verband stehen. Die Namen der Jubilare, die 25 und mehr Jahre dem Verbande angehören, sind folgende: Kaspar Schreiber, Helmut Oldenburg, Paul Martin, Markus Wetzel, Wilhelm Friedrich, Georg Wehner, Friedrich Raßdörfer, Georg Scheuerlein, Max Hilpert, Julius Jentsch, Martin Hub, Richard Kaiser und Johann Sauer.

•

Wer ißt das meiste Gefrierfleisch? Der Wert des Gefrierfleisches wird noch verkannt. Obwohl dies von besten Tieren stammt und gesundheitlich einwandfrei ist, herrscht gegen den Genuß von Gefrierfleisch eine Abneigung. In der Regel wird es nur als Suppenfleisch gekauft. Und dennoch eignet es sich vorzüglich zum Braten. Der Nährwert des Gefrierfleisches gibt dem des deutschen Frischfleisches nichts nach. Bei einer Umfrage bei Berliner Fleischgeschäften wurde festgestellt, daß das Hauptumsatzgebiet von Gefrierfleisch im Berliner Westen, also in den reichen Vierteln liegt. Die Arbeiterbezirke Berlins kauften weit weniger Gefrierfleisch, als die begüterten Bevölkerungsschichten. Das ist nicht gerade gut, denn dadurch könnte der Gedanke entstehen, als wäre die Arbeiterschaft in der Lage, nur das teure Frischfleisch zu kaufen.

Schriftenschau

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Das Oktoberheft bringt eine Reihe beachtenswerter Aufsätze, so über die Weltwirtschaftskrise, Agrarfragen, industrieorganisatorische Zeitfragen und vieles andere.

Der Kleine Brockhaus, Handbuch des Wissens in einem Band. Lieferung 8 und 9 ist erschienen. Das Gesamtwerk, welches in zehn Lieferungen zu je 1,90 ℳ erscheint, geht nunmehr seiner Vollendung entgegen. Auf 800 dreispaltigen Textseiten sind über 40 000 Stichwörter gebracht und durch 5400 Abbildungen und 90 einfarbige und bunte Tafeln ergänzt. Der Preis ist im Verhältnis zu dem Gebotenen gering, so daß die Anschaffung auch dem weniger bemittelten Arbeiter, der dieses Bildungsmittel sehr notwendig hat, ermöglicht ist. Verlagsbuchhandlung Emil Fink, Stuttgart, Schloßstr. 84.

„Kinderland“, ein Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. Verlag Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis gebunden 1,25 ℳ. Der Kalender „Kinderland“ für 1926 ist im 4. Jahrgang erschienen. Dieses vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Büchlein, das sich an die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes wendet und sich einer von Jahr zu Jahr steigenden Beliebtheit erfreut, ist, wie seine Vorgänger, wieder frisch und bunt, belehrend und unterhaltend gestaltet. In erfreulicher Weise haben auch diesmal die Kleinen in Bild und Text an „ihrem“ Buch mitgearbeitet. Märchen und Gedichte, Anekdoten, Fabeln, Plaudereien geschichtlicher und naturwissenschaftlicher Art sind in bunter Fülle vorhanden. Kleinen Bastlern sind Anregungen und Anleitungen gegeben. Auch vom neuen Kalender „Kinderland“ kann man deshalb sagen, daß er als ein Volksbuch im besten Sinne des Wortes anzusprechen ist.

Der Krieg im Jahre 1939. Eine Schilderung seines wahrscheinlichen Verlaufs. Von Generalmajor a. D. v. Schoenaich. 50 ₰ und 5 ₰ Porto. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hermsdorf.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 8. Nov. ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. November 1925 fällig.

•

Wir ersuchen die Mitglieder um bessere Beachtung des § 4 Abs. 4 und 5 des Statuts. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich vor Annahme ihm angebotener Arbeit bei der Verwaltungstelle, in deren Wirkungsbereich die Arbeit aufgenommen werden soll, darüber zu vergewissern, ob der Arbeitsannahme Gründe entgegenstehen.

Bei Aufenthaltswechsel ist jedes Mitglied verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und in gleicher Weise am neuen Aufenthaltsort anzumelden.

Keine Ortsverwaltung darf die Anmeldung von Mitgliedern annehmen, die dieser Bestimmung nicht vollauf genügt haben.

•

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

•

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse: I.	II.	III.	IV	Beginn der Beitragserhebung
	wöchentlich Pfennig				
Eschweiler	20	15	—	—	45. Woche
Krefeld	30	—	—	—	45. „
Meerane	15	15	10	—	45. „
Wittenberge	20	15	10	—	45. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

•

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 2,882186, lautend auf den Hilfsarbeiter Michael Ertl, geb. am 6. September 1886 zu Dornwaig. (Landshut.)

Stuttgart, Rötestraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Seilerarbeitern nach Berlin L.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuildings and Engineering Co. Ldt.“, „Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G.“) St.; nach Detmold (Lippische Metallindustrie) M;
von Tafelgerätearbeitern nach Hanau (Fa. Reußwig) A.

L = Lohnbewegung; D. = Differenzen; o St = Streik in Sicht; St. = Streik; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zuletzt angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Verbandsanzeigen

Ortsverwaltung in Mühlhausen i. Thür. ersucht den Kollegen Emil Öler, Buchnummer 1 731 060, geb. am 25. Februar 1894 in Hannover, eingetreten am 1. Mai 1911 in Hannover, um Angabe seiner Adresse. Die gleiche Bitte ist an die Verwaltungstellen gerichtet, die den Aufenthalt des Kollegen O. kennen.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Rötestraße 16